

Ursula Dallinger\*

# Ungleichheit, Sozialstaat und demokratische Repräsentation: Marktkorrigierende Politik durch den Medianwähler?

DOI 10.1515/zsr-2017-0021

**Abstract:** Political economy of redistribution and comparative social policy research view the median voter as the political force, which demands market-regulating social policy in periods of increased income disparities and to which governments – to be re-elected – must respond. However, government responsiveness has been questioned, especially the responsiveness for political demands of low-income households. Are even the preferences of the median voter only selectively addressed through politics? If the median voter is actually influential, its redistributive preferences should explain the outcome of government action, e.g. size of redistribution. Is this true? Based on a pooled dataset with observations between 1980 and 2012 for 13 OECD-countries it is shown that the political position of the median voter alone has no impact. Rather mediating political factors like a proportional electoral system and left parties with wider welfare programs provide for broader representation and more redistribution.

**Schlüsselwörter:** Medianwähler, Umverteilung, Responsivität, Repräsentation

„Likewise, redistribution is affected by the location of the median voter insofar as political parties adopt policies that will appeal to the median voter. The lower the income of the median voter and the more exposed to risk, the greater the pressure for redistributive policies” (Iversen/Cusack 2000: 329, *The Causes of Welfare State Expansion*).

## 1 Einleitung

Soziale Transferprogramme, eine progressive Besteuerung und die Regulation der Arbeit haben zunehmende Diskrepanzen in der Einkommensverteilung, die

---

\*Kontaktperson: Prof. Ursula Dallinger, Abteilung Soziologie, FB IV, Universität Trier, Universitätsring 15, 54286 Trier, E-Mail: dallinger@uni-trier.de

Märkte in den vergangenen Jahrzehnten erzeugten, abgeschwächt. Man mag die Reichweite einer „marktkorrigierenden“ Politik kritisieren, da heute die verfügbaren Einkommen nach Steuern und Sozialtransfers ungleicher verteilt sind als in den 1970er, 80er und 90er Jahren. Dennoch sind Wohlfahrtsstaat und regulierte Arbeitsbeziehungen wirksame Instrumente eines „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2013: 21; OECD 2011). Erklärungsansätze aus vergleichender Wohlfahrtsstaatsforschung und politischer Ökonomie sehen die Mittelschicht- bzw. den Medianwähler als die politisch entscheidende Kraft einer Politik des sozialen Ausgleichs. Sie entwickle immer dann ein Interesse an *Umverteilung*<sup>1</sup>, wenn sich ihre ökonomische Lage verschlechtert. Forderungen der Mehrheit in der Mitte nach *markt-korrigierender* Politik zwingen die Politik, auf wachsende Ungleichheit zu reagieren. Da Regierungen an der Macht bleiben wollen, erfüllen sie Mehrheitsforderungen der zahlenmäßig starken und daher wahlentscheidenden Mittelschicht (Esping-Andersen 1990; Korpi 1989; Iversen/Soskice 2006; Finseraas 2010).

Ob die Mittelschicht- bzw. der Medianwähler aber tatsächlich eine politische Kraft war und ist, die Disparitäten der Einkommensverteilung bremsen kann und will, ist allerdings offen, denn erstens ist ungeklärt, ob die verteilungspolitischen Interessen der Mitte auf Veränderungen der Ungleichheit reagieren, da sie weder Einkommensstrukturen objektiv wahrnehmen noch rational vorteilhafte politische Forderungen entwickeln muss oder solche, die auch wirksam sind (Bartels 2003 und 2008). Aber auch wenn die Beziehung zwischen objektiver Ungleichheit und subjektiven politischen Präferenzen hier offen bleiben muss: Bereits die *Wahrnehmung* einer Lageverschlechterung sollte ausreichen, um Mittelschicht- bzw. Medianwähler redistributive Politik präferieren zu lassen. Die vieldiskutierte *subjektive Verunsicherung* dieser Gruppe sollte dem Vorschub leisten (Lengfeld/Hirschle 2009; Burzan et al. 2014).

Zweitens ist fraglich, wie sehr sich die Regierungspolitik nach den Wählerpräferenzen richtet und diese umsetzt, was gängige Theorien der Sozialpolitik und der Umverteilung aber annehmen (Burstein 1998; Page/Shapiro 1983). Vor allem sollten Regierungen auf die Präferenzen der Mittelschicht bzw. des Medianwählers reagieren. „Essentially, no proposal or coalition that deviates from

---

<sup>1</sup> Umverteilung ist der übliche *shortcut*, mit dem die Effekte aller sozial- und steuerpolitischen Effekte zusammengefasst werden. Selbstverständlich ist eine ganz exakte Angabe der diversen Effekte der zahlreichen sozialpolitischen Programme für die Verteilung der Haushaltseinkommen und die Wohlfahrtsposition der Einzelnen schwer machbar. Aber Annäherungen der egalisierenden Wirkungen der Programme sind durchaus möglich. Hier handelt es sich um den Vergleich der Brutto- und Nettohaushaltseinkommen auf der Basis von *Survey*daten.

the position of the median legislator can get majority support” (Iversen/Soskice 2009a: 439–440) Wie *responsiv* Regierungen tatsächlich gegenüber Forderungen der Bürger/-innen, insbesondere gegenüber den Interessen weniger wohlhabender Haushalte sind, wird zunehmend skeptisch betrachtet (Achen/Bartels 2016), denn schließlich kann man Veto-Spieler und organisierte Interessengruppen für wichtiger halten. Der *demokratiethoretische Optimismus* der Einstellungsforschung ist evtl. zu weitreichend und der Einfluss des theoretisch mächtigen Medianwählers auf Umverteilungspolitik nicht gegeben. Der *Beitrag fragt daher, inwieweit der Umfang an Umverteilung, den die Sozial- und Steuerpolitik verschiedener Länder erzielt, sich mit der politischen Nachfrage des Mittelschicht- bzw. Medianwählers erklären lässt.*

Vor allem US-Forscher kritisieren eine selektive politische *Repräsentation*, die eher die Interessen der Wohlhabenden aufgreift. Die in den USA starken Einkommenszugewinne der reichsten Bevölkerungsschicht belegten, dass kleine Gruppen die Politik dominieren, während die größere Zahl der ökonomisch Schwachen weniger Einfluss auf Wirtschafts- und Verteilungspolitik hätten (Gilens 2005 und 2012; Bartels 2008; Hacker/Pierson 2010). Nun könnte man mangelnde Repräsentation dem *majoritären Wahlrecht* der USA zurechnen. Die Literatur zu Responsivität wie auch zu Umverteilung sieht in unterschiedlichen *Wahlsystemen* die entscheidende Institution dafür, wie eng die Präferenzen der Bürger/-innen und verteilungspolitische Ergebnisse gekoppelt sind (Iversen/Soskice 2006). Das in den meisten europäischen Ländern etablierte proportionale System binde die (Sozial-)Politik enger an die politische Nachfrage der Bürger/-innen als das majoritäre System. Auch tendierten im proportionalen Wahlsystem Mittelschichtwähler/-innen bzw. dessen politische Repräsentanten nach links und gingen *cross-class-coalitions* mit der Unterschicht ein.<sup>2</sup> Die in Ländern mit proportionalem Wahlrecht in der Tat umfassendere Redistribution wäre demnach Ausdruck entsprechender (sozial-)politischer Präferenzen des Medianwählers. Dies wird im vorliegenden Beitrag empirisch geprüft. Hat in Ländern mit proportionalem Wahlsystem die Mittelschicht mehr Einfluss auf einen so zentralen *outcome* von politischen Entscheidungen wie die Umverteilung der Einkommen? Wird der Einfluss des Medienwählers verstärkt? Oder ist der Einfluss der Mittelschicht- bzw. Medianwähler in politischer Ökonomie und Sozialpolitiktheorie überschätzt?

---

<sup>2</sup> Das meint oft nur ähnliches Wahlverhalten, nicht immer auch formelle Koalitionen.

Eine so angelegte Analyse überbrückt mehrere kausale Schritte zwischen verteilungspolitischen Präferenzen des Medianwählers und dem Politikerergebnis, dem *distributive outcome* (siehe Abbildung 1).



**Abbildung 1:** Demokratietheoretische Kausalkette (angelehnt an Beramendi/Andersen 2008: 12)

Im politischen Prozess intervenieren sicherlich weitere Faktoren. Die Perzeption der Einkommensverteilung mag *biased* sein, das Wahlverhalten sich nicht eindimensional nur nach Einkommensfragen, sondern nach Themen wie Umwelt und Migration richten, in der Regierungsbildung kommen nicht proportional alle Wählerpräferenzen zum Zuge, und auch die administrative Umsetzung hat Einfluss auf den *distributive outcome*. Es existieren also mehrere Filter. Dennoch sollte letztlich eine Spur des Mittelschicht- bzw. Medianwählers sichtbar sein, wenn die Annahmen zu dessen politischem Einfluss richtig sind. Der Beitrag richtet den Blick somit auf eine Kernfrage des Machtressourcenansatzes der Sozialpolitikforschung und der politischen Ökonomie der Umverteilung, nur begrenzt auch auf die konkrete Umsetzung und Verarbeitung dieses Wählerwillens durch Regierungen, Parteien oder Verbände.

Ein Anliegen des Aufsatzes ist auch die Klärung dessen, welche Gruppe die Begriffe Mittelschicht- bzw. Medianwähler genau abstecken. Beide gelten gleichermaßen als Mehrheit in der Mitte der Gesellschaft, die u. a. eine Politik des sozialen Ausgleichs erzwingen kann. Der Blick in die Literatur zeigt, dass diese Mehrheit aber sowohl als sozialstrukturell definierte Mittelschicht wie auch als politische Position der „Mitte“ verstanden wird, ein Unterschied, der selten beachtet wird. Die doppelte Verwendung des Begriffs ist nicht das Hauptanliegen des vorliegenden Aufsatzes. Um der Klarheit willen ist es aber vorteilhaft, die doppelte Bedeutung zu klären und entsprechend damit umzugehen. So wird einmal der Medianwähler-Index als empirische Bestimmung des politischen Zentrums verwendet (Kim/Fording 1998, 2003), zum anderen auf der Basis von *Surveydaten* (Eurobarometer und European Social Survey (ESS)) ermittelte politische Präferenzen der Mittelschicht (konkret: Wahlwahrscheinlichkeit linker Parteien).

Anhand diverser Datenquellen wurde ein gepoolter Datensatz zu 13 OECD-Ländern mit jährlichen Beobachtungen zwischen 1980 bis 2012 konstruiert.

Beim zweiten Analyseschritt (siehe Kap. 5), der die Wahlabsicht der Mittelschicht verwendet, fallen drei angloamerikanische Länder weg, da für diese Variable subjektive Daten aus den *Surveys Eurobarometer* und *ESS* benötigt werden. Es werden Verfahren genutzt, die mit einer PCSTS-Daten-Struktur (*pooled cross-sectional time series*) umgehen können.

Zunächst rekapituliere ich, wie Ansätze der politischen Ökonomie und Sozialpolitikforschung die Mitte als politische Kraft fassen. Der dort angenommene politische Einfluss wird konfrontiert mit Literatur zu demokratischer Repräsentation und daraus spezifische Hypothesen abgeleitet. Anschließend prüfe ich, ob ein Zusammenhang zwischen der Medianwähler-Position und Redistribution besteht, zunächst anhand der Medianwählerposition, dann mit der politischen Position des Mittelschichtwählers. Beide Zugänge zeigen, dass der Median- bzw. Mittelschichtwähler kaum allein die treibende politische Kraft ist, sondern politische Institutionen und die Responsivität der Parteien mit betrachtet werden müssen.

## 2 Stand der Forschung

### 2.1 Politische Ökonomie der Umverteilung: Medianwähler und Mittelschicht

Der häufig kritisierte Medianwähleransatz (Meltzer/Richard 1981) steht am Anfang, da er Argumente beinhaltet, die – trotz aller Schwachstellen – die öffentliche Debatte prägen und an denen aktuelle weiterführende Forschungen ansetzen. Demnach sollten zunehmende Disparitäten bei den Markteinkommen, die schließlich auch die Mitte der Gesellschaft erreichen, politische Forderungen nach Umverteilung in dieser Schicht entstehen lassen. Verschiebt sich das Medianeinkommen, um das die Mittelschichten gruppiert sind, weg vom Durchschnitt – genau dies geschieht bei stark wachsenden hohen Einkommen –, entwickle auch die Mittelschicht zunehmend Umverteilungsinteressen und erwartet, von staatlicher Steuerpolitik zu profitieren. Die Gruppe der Umverteilungsbefürworter wird über einen Kern an umverteilungsinteressierten, materiell schwächeren Haushalten hinaus vergrößert. Regierungen kommen den politischen Präferenzen der breiten Mittelschichten nach, da diese – anders als marginale Unterschichtgruppen – wahlentscheidend sind. Kritisiert wird an diesem Modell, dass Wählerpräferenzen a) nicht allein durch die eigene Einkommenslage und entsprechende ökonomische Interessen determiniert sind und b) Präferenzen nicht direkt zu Politik werden, sondern politische Prozesse

und Institutionen diese erst umsetzen müssen und dabei modifizieren (Alesina/Giuliano 2010: 12).

In Bezug auf den Einfluss der sozial- und verteilungspolitischen Präferenzen der Wähler/-innen aus der Mitte der Gesellschaft argumentiert der *Machtressourcen*-Ansatz durchaus ähnlich, obwohl dieser für die Sozialpolitikforschung Klassikerstatus beanspruchende Ansatz andere Wurzeln als der Medianwähler hat, nämlich in der *Cleavage*-Theorie (Esping-Andersen 1990). Auch hier ist eine direkte Beziehung zwischen materieller Lage und verteilungspolitischen Interessen einerseits, den Reaktionen der Sozialpolitik auf eine Mehrheit andererseits vorgesehen. Zunächst betonte der Machtressourcenansatz mit dem Begriff des „demokratisch gezähmten Klassenkampfes“, dass mit der Etablierung der Demokratie und des allgemeinen, gleichen Wahlrechts auch Unterprivilegierte die Macht erhalten, um soziale Programme durchzusetzen, die ihre materiellen Verhältnisse verbessern. Die Machtpotentiale von Arbeitern sowie deren politischen Vertretern – Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und linke Parteien – führten zur Einschränkung des Marktes durch regulierte Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherung, umrissen in der Formel „politics against markets“ (Korpi 1983). Diese einst „laboristische“ Position wurde aufgegeben zugunsten der Einsicht, dass einkommensschwache Haushalte ihre Interessen nur in Koalition mit der Mittelschicht durchsetzen können. Die politisch mächtige Mittelschicht sei in klassenübergreifenden Koalitionen die Antriebskraft des Sozialstaats (Esping-Andersen 1990: 1).

Die zentrale Forschungsfrage war seither, unter welchen Bedingungen *Koalitionen* zwischen der einflussreichen Mitte und weniger einkommensstarken Schichten entstehen (Baldwin 1990; Manow 2007). Antworten darauf suchte man in den unterschiedlichen *Cleavage*-Strukturen der jeweiligen Länder. Das *Cleavage*-Konzept denkt sozialstrukturell definierte Gruppen, spezifische Interessen und formale Organisationen dieser Interessen zusammen (siehe auch Kap. 3). Während der Blick bezüglich der Entstehungsphase des Sozialstaats auf Koalitionen mit landwirtschaftlichen Schichten und deren Parteien gerichtet war, sind in Analysen zu den Konfliktlinien in *postindustriellen* Gesellschaften um die (Um-)Gestaltung sozialstaatlicher Programme nun andere Schichten relevant. Aber noch immer wird ausgeleuchtet, wie klassenübergreifende Koalitionen nun zwischen den *post-industriellen* sozialen Gruppen aussehen und welche Resultate politische Kompromisse zwischen Arbeiter- und Mittelschichtinteressen haben. Selbstverständlich haben sich Mittelschicht wie auch Arbeiter im Zuge der Tertiarisierung selbst stark verändert und ausdifferenziert (Oesch 2006) und bilden heute andere Koalitionen (Martin/Thelen 2007; Iversen/Soskice 2009b; Dallinger 2013; Gingrich/Häusermann 2015).

Spätere konzeptionelle Neuerung sehen die (sozial-)politischen Präferenzen und Koalitionen durch die Art und die Anreize sozialstaatlicher *Institutionen* selbst geprägt. Sozialpolitik, die nicht nur Bedürftigen, sondern auch der Mittelschicht attraktive Sozialleistungen biete, fördere Umverteilungs-Koalitionen zwischen beiden Gruppen und verhindere den potentiellen Steuer- und Abgabewiderstand der Mittelschicht (Korpi/Palme 1998).

Eine ebenfalls institutionentheoretische Perspektive auf Koalitionen legten Iversen und Soskice vor (2006). Danach setzen unterschiedliche *Wahlssysteme* Anreize dafür, ob die Mitte mit der Unterschicht oder aber Wohlhabenden koaliert. Das Wahlrecht definiert, was als Mehrheit gilt, die die Regierung stellen darf. In Ländern mit *majoritärem* Wahlrecht ist die *einfache* Mehrheit erforderlich, und die Partei mit den meisten Stimmen bildet die Regierung. Aus der Sicht der Mittelschicht ist dies riskant: Ist eine Partei mit einer Mitte-links-Wahlplattform einmal in die Regierung gelangt, kann sie nach links rücken und primär im Interesse ihrer linken Wählerschaft agieren. Angesichts des Risikos, durch die Armen „ausgebeutet“ zu werden, votiere die Mitte eher zugunsten von Mitte-rechts-Parteien. Länder mit proportionalem Wahlsystem, in denen die *absolute* Mehrheit (50 %) für die Regierungsbildung nötig ist, müssen Parteien oft Koalitionen bilden. Hier kommen Mitte-links-Koalitionen zustande, da die Mitte sicher ist, dass ihre Stimmen in die Regierung kommen. Die Politik der Mitte-links-Koalitionen belastet Wohlhabende überproportional, aber nicht die Mitte. Iversen und Soskice (2006) zeigen, dass bei proportionalem Wahlrecht die Regierungen öfter links des Medianwählers stehen, bei majoritärem Wahlrecht umgekehrt öfter rechts des Medianwählers. Diese jeweils in Ländern und Wahlperioden unterschiedlich große und in verschiedene Richtungen weisende *Abweichung der Regierung* vom Medianwähler erklärt den Umfang an Umverteilung. Allerdings waren im *Sample* keine kontinentaleuropäischen Länder mit starken christdemokratischen Parteien eingeschlossen, was die Ergebnisse nur begrenzt gültig macht.

Festzuhalten ist vorläufig, dass Ansätze aus politischer Ökonomie und Sozialpolitikforschung den Mittelschicht- bzw. Medianwähler als entscheidenden politischen Akteur der Umverteilungspolitik verstehen. Diese Gruppe stelle eine numerische Mehrheit dar, die in Demokratien politische Macht bedeute. Regierungen sollten auf die Präferenzen dieser politisch einflussreichen Gruppe reagieren. Daher prüft **Hypothese 1a**: *Die politischen Präferenzen des Median- bzw. Mittelschichtwählers bestimmen den Umfang sozialstaatlicher Einkommensumverteilung. Je weiter links die politische Position des Medianwählers, desto mehr Umverteilung wird praktiziert.*

Zusätzlich stelle ich die Erwägungen von Iversen und Soskice zu den Vermittlungseffekten politischer Institutionen für die Koalitionsneigung der Mittelschicht in Rechnung. Entscheidend dafür, ob die Mittelschicht Koalitionen eher mit den „Armen“ oder aber den „Wohlhabenden“ sucht und eingeht, ist das jeweilige Wahlrecht. Sie operationalisierten unterschiedliche Koalitionstendenzen mit der *Abweichung* zwischen der Links-rechts-Position des Medianwählers (nach dem Konstrukt von Kim/Fording 1998; wird in Kap. 3 des Beitrags beschrieben) und der Links-rechts-Position der Regierung. Die vorliegende Analyse testet die durch das Wahlrecht induzierte Verlagerung des Medianwählers nach links jedoch alternativ mit einem *bedingten* (Interaktions-)Effekt. Als **Hypothese 2** ergibt sich: *Das proportionale Wahlrecht verstärkt den Effekt der Medianwähler, da es die politische Ausrichtung der wahlentscheidenden Mitte nach „links“ fördert.*<sup>3</sup>

Politische Ökonomie und Sozialpolitikforschung, die ja annehmen, dass – wenn schon nicht die Unterschicht allein, so doch – die Präferenzen der gesellschaftlichen Mitte einen Einfluss auf redistributive Politik haben, wird herausgefordert durch die These der *selektiven Repräsentation* (Page/Shapiro 1983). Eine möglicherweise weniger enge Beziehung zwischen Präferenzen und Politik wird außerdem durch Studien gestützt, die zeigen, dass Kürzungspolitik durchaus möglich war, da *framing* die Problemwahrnehmung ablenkt (Slothuus 2007; Wenzelburger/Hörisch 2015).<sup>4</sup>

## 2.2 Politische Repräsentation

Nach dem Demokratie-Ideal reagieren Regierungen auf die öffentliche Meinung, um der Bestrafung durch die Wähler zu entgehen und wiedergewählt zu wer-

---

<sup>3</sup> Damit ist noch in keiner Weise das für den Machtressourcenansatz zentrale Konzept der Koalitionen abgebildet. Die Literatur, die sich mit der Bildung formaler politischer Koalitionen beschäftigt, wurde bisher durch den Machtressourcenansatz bzw. komparative Sozialpolitikforschung nicht berücksichtigt. Dies liegt m. E. daran, dass Koalitionen dort eher „wohlfahrtssoziologisch“ aus Sozialstruktur plus daraus abgeleiteten politischen Interessen verstanden werden.

<sup>4</sup> Am Beispiel der Privatisierung der Alterssicherung kann beobachtet werden, wie den Präferenzen der Mehrheit der Bürger/-innen für staatliche Alterssicherung widersprechende Regelungen mit Verweis auf den Sachzwang demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit umgesetzt werden und die Präferenzen selbst sich verändern.

den,<sup>5</sup> sodass eine vom Medianwähler abweichende politische Position langfristig keinen Bestand hat (McDonald/Budge 2005: 147). Die Kongruenz zwischen den Präferenzen der Bürger/-innen und der Regierungspolitik legitimiert zudem Regierungsmacht (Dahl 1971). Empirisch *variiert aber die Kongruenz* zwischen Wählerpräferenzen und politischen Ergebnissen (McDonald/Budge 2005: 145).<sup>6</sup> Wie eng Wählerpräferenzen und Regierungshandeln zusammenhängen, wird kontrovers diskutiert.

Die kritische Sicht lautet, dass Regierungen selektiv bestimmte soziale Gruppen repräsentieren. So beweise insbesondere die Zunahme der Einkommensdiskrepanzen, dass Politik nicht den Interessen der Mehrheit einkommensschwacher oder mittlerer Haushalte folge, sondern die Interessenorganisationen der Wirtschaft, der Finanzindustrie oder der Vermögenden eigentlich politisch einflussreich sind (Hacker/Pierson 2010). Gewählte Repräsentanten vertreten im Gesetzgebungsprozess eher die Interessen Wohlhabender (Bartels 2005, 2008). Die politischen Präferenzen Wohlhabender beeinflussen die tatsächliche Gesetzgebung stärker als die einkommensschwacher Haushalte (Gilens 2005, 2012).<sup>7</sup>

Eine andere Strömung vertritt, dass die Präferenzen diverser Gruppen durchaus in ähnlichem Umfang repräsentiert werden (Page/Shapiro 1983; Soroka/Wlezien 2005; Wlezien/Soroka 2011; Ura/Ellis 2008), denn diverse Gruppen veränderten ihre Einstellungen in eine ähnliche Richtung. Auf einen *Wandel* der Einstellungen folge stets auch ein *Wandel* der Regierungspolitik (*dynamic representation*; Stimson et al. 1995; Wlezien 1995; Brooks/Manza 2006). Wenn nach den *public opinions* Mehrausgaben gewollt sind, lasse Politik deren Zuwachs zu, was die Öffentlichkeit wiederum veranlasst, in der nächsten Phase mäßigere Sozialausgaben zu wünschen. Die Politik passe sich dem erneut an (Page/Shapiro 1983). Demokratische Repräsentation funktioniere wie ein *Thermostat*. Da die Präferenzen sich in vielen Politikfeldern in die gleiche Richtung

---

5 Auch die These der Resilienz des Sozialstaats gegen Kürzungen wegen dessen Verankerung in den Interessen breiter Wählerschichten folgt dem Ideal responsiver Demokratie (Pierson 1996; Brooks/Manza 2006).

6 Die Korrelation zwischen der politischen Position des Medianwählers und der in Regierungserklärungen ermittelten Links-rechts-Position liegt bei .53 und ist hoch signifikant (McDonald/Budge 2005: 121).

7 Gilens Analyse bezog sich auf 2000 Fragen aus Meinungsumfragen zwischen 1981 und 2002, in denen Befragte Vorschläge zu politischen Reformen in so verschiedenen Feldern wie der Weltraumforschung oder auch der Sozialpolitik bewerteten. Ungleiche Repräsentation wird an ungleich großen Koeffizienten festgemacht, die die Ausgabepreferenzen einzelner Einkommensklassen in multivariaten Regressionen auf die Sozialausgabenentwicklung haben.

bewegten, existierten *parallel publics* (Soroka/Wlezien 2008). Demnach seien hohe Zugewinne an der Spitze der Einkommenspyramide in den USA nicht durch mangelnde Repräsentation von Unterschicht-Interessen verursacht, sondern der *public mood*<sup>8</sup>, ein Indikator für die Liberalität der öffentlichen Meinung, werde in allen Einkommensgruppen liberaler. Alle sozialen Gruppen sähen staatliche Programme vermehrt als schädliche Last für die Wirtschaft (Kelly/Enns 2010).

Die behauptete Ähnlichkeit der Präferenzen zwischen den sozialen Schichten trifft für viele Politikfelder zu, nicht aber für das Feld der Sozialpolitik: Hier differieren die Ausgabepräferenzen verschiedener sozialer Gruppen stark. Wenn nun Einstellungsunterschiede bestehen, macht es auch durchaus einen Unterschied, wer repräsentiert wird. Um Repräsentation zu messen, vergleichen Studien den „Wählerwillen“ einerseits – oft erfasst mit Fragen zu Ausgabepräferenzen oder der politisch-ideologischen Position – mit dem Regierungshandeln andererseits, das etwa mit dem Abstimmungsverhalten politischer Repräsentanten (Bartels 2005; Ura/Ellis 2008) oder mit Ergebnissen von Regierungshandeln wie der Gesetzgebung (Page/Shapiro 1983; Powell 2006; Gilens 2012) oder den Staatsausgaben in diversen *Policy*-Feldern (z. B. Wlezien/Soroka 2011) gemessen wird.<sup>9</sup>

Zum Einfluss speziell des Mittelschicht- oder Medianwählers auf *outcomes des sozialpolitischen* Regierungshandelns existieren nur wenige Analysen (McDonald et al. 2004: 5–9; Warwick 2011; Gilens 2012). Anzuführen ist zunächst die Studie von McDonald und Budge (2005: 217–218), die einen positiven Zusammenhang zwischen den Sozialausgaben und der politischen Position des *Medianwählers* (hier die mit Wahlergebnissen und Parteipositionen festgestellte Position der Mehrheit; genaue Erläuterung unten) findet: Je weiter links dieser steht, desto höher die Sozialausgaben. Die Analyse von Kang und Powell (2010) für die Zeit zwischen 1962 bis 1991 kommt mit einem komplexeren Verfahren (*Error-correction*-Modell) im Grunde zum gleichen Ergebnis: Nur bei einer *langfristigen* Linksverschiebung der Medianwählerposition steigen die Sozialausgaben.

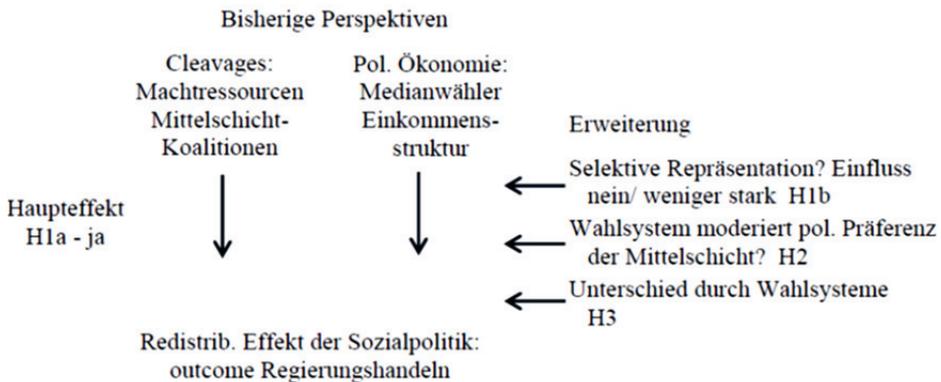
---

<sup>8</sup> „Public mood“ ist ein Indikator zur Liberalität der öffentlichen Meinung (Stimson 1999), der hunderte Einstellungsfragen aus diversen Politikbereichen zusammenfasst.

<sup>9</sup> Ein anderer Strang in der Repräsentationsforschung analysiert *ideologische Kongruenz* zwischen Wählern und Regierungen. Diesen greife ich nicht auf, da er Probleme bei der unabhängigen Messung der Links-rechts-Positionen von Parteien, Regierungen und Wählern aufwirft (McDonald/Budge 2005; Lehmann/Schultze 2013).

Aus der *New-Politics*-Perspektive untersucht Tromborg (2014), ob der Medianwähler *Kürzungspolitik* bremst. Er operationalisiert die politischen Präferenzen des Medianwählers mit *Surveydaten* zweistufig. Erst werden anhand der Links-rechts-Selbsteinschätzung Personen mit mittlerer politischer Position bestimmt und dann die sozialpolitischen Präferenzen dieser Gruppe verwendet. Auch diese Studie findet einen nur partiellen Einfluss der politischen Wünsche des Medianwählers, die hier anhand von Umfragedaten aber direkter als mit der Medianwählerposition erfasst wurden: Nur die *Generosität* der Altersrente, nicht die anderer Sozialleistungen, ist durch den Medianwähler geschützt.

Angesichts der Kontroverse um Repräsentation und den begrenzten Einfluss der wenig einkommensstarken sozialen Gruppen könnte man die erste Hypothese auch offenhalten oder spiegelbildlich zu dieser **Hypothese 1b** formulieren: *Der Medianwähler beeinflusst nur in geringem Maße den Umfang an Einkommensumverteilung.*



**Abbildung 2:** Übersicht Hypothesen

In der Debatte um ungleiche Repräsentation spielt das *Wahlrecht* des jeweiligen Landes eine große Rolle. Das majoritäre Wahlsystem begünstigt *selektive* Repräsentation vor allem der Interessen eher wohlhabender Bevölkerungsgruppen (s. o.), während Länder mit proportionalem Wahlrecht durch die Regel, dass eine absolute Mehrheit die Regierung bildet, eine breitere Repräsentation erzielen, da oft Koalitionen nötig sind, die mehr Parteien an der Regierung beteiligen (Golder/Stramski 2010; Lijphardt 1999; Powell 2006). In europäischen Ländern mit meist proportionalem Wahlrecht sollte also ein Mehr an Repräsentativität gegeben sein und der Medianwähler deutlicher die Politikergebnisse prägen. **Hypothese 3** lautet daher: *In Ländern mit proportionalem Wahlrecht ist der Um-*

*fang an Einkommensumverteilung nicht nur höher, sondern wird auch durch die politische Position des Median- bzw. Mittelschichtwählers besser erklärt.*

### 3 Medianwähler und Mittelschicht – unterschiedliche Konzepte

„Mittelschicht“ oder „Medianwähler“ meinen zwar stets die Gruppe in der Mitte der Gesellschaft mit politischem Einfluss aufgrund ihrer großen Zahl, allerdings unterscheiden sich die Konzepte. Der Machtressourcenansatz sieht die Mittelschicht vor dem Hintergrund der *Cleavage*-Theorie. Sie ist eine Gruppe mit relativ homogener sozialer Lage in der Sozialstruktur und ähnlichen politischen Interessen (Lipset/Rokkan 1967; Korpi 1989; Manow 2007). Der Medianwähler der politischen Ökonomie der Umverteilung ist über die Einkommensstruktur definiert: Verteilungspolitische Forderungen wüchsen bei zunehmender *Distanz* zwischen dem Median und dem Durchschnittseinkommen. Studien verwenden entsprechend auf Einkommensdaten basierende Maßzahlen (Milanovic 2000; Scervini 2009; Lupu/Pontusson 2011; Wong 2013).

Der *Medianwähler* der Politikwissenschaften meint hingegen eine *politisch-ideologische* Position auf einem Links-rechts-Kontinuum, die die Mehrheitsposition ist. Da die Links-rechts-Positionen der Parteien und Wähler/-innen einer Normalverteilung entsprächen und somit um den Median die meisten Fälle liegen, während die Ränder weniger besetzt sind, ist mehrheitsfähige Politik in der politischen Mitte verortet. Daher positionieren sich Parteien im Kampf um Regierungsmacht in der Mitte und passen sich dem Medianwähler an (Downs 1957). Da Individuen die Partei wählen, die ihrer eigenen politischen Position am nächsten kommt, zieht eine Partei alle Wähler in einem bestimmten Intervall auf der Links-rechts Dimension an sich. Die Partei, die sich in dem Intervall platziert, in dem der Median der Verteilung politischer Positionen liegt, kann die meisten Stimmen sammeln.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Das Medianwählerkonzept enthält auch eine normative Rechtfertigung. Bei Herrschaft des Medianwählers werde eine Vielfalt an politischen Präferenzen *optimal* repräsentiert, da hier die einzige politische Position liegt, die im Aggregat bestmöglich an unterschiedliche politische Auffassungen der Bürger/-innen angepasst ist (Powell 2006: 293). Bei der Medianwählerposition fällt die Summe aller Abstände zwischen einzelnen Wählerinnen/Wählern und Parteien am geringsten aus. Aus der Sicht von *collective choice* ist dies optimal.

Die verschiedenen Konzepte sind unterschiedlich zu operationalisieren. Eine als *cleavage* gefasste Mittelschicht ist durch Schichtmodelle oder über Indikatoren der Einkommensverteilung zu erfassen. Für die politische Mehrheit, gegen die kein Gesetz verabschiedet werden könne, ließe sich der Medianwähler-Index verwenden (Kim/Fording 1998, 2001, 2003). Dieser Maßzahl liegen die Stimmenverteilung bei Wahlen und die Links-rechts-Positionen der einzelnen Parteien zugrunde, woraus dann der Median einer gruppierten Häufigkeitsverteilung ermittelt wird. Die Stimmenanteile einzelner Parteien sind die Häufigkeiten, das Spektrum der Links-rechts-Positionen, die unterschiedliche Parteien abdecken, ergeben die Wertebereiche dieser gruppierten Verteilung. Die Stimmabgabe bei der Wahl wird als *Statement* zur eigenen politischen Position verstanden (Best et. al. 2012: 8). Die Methode der „revealed preferences“ hat den Vorteil, *tatsächliches* Wahlverhalten zu spiegeln, was den in Kapitel 2 referierten *Konzepten* in hohem Maße entspricht. Sie stützen sich stets auf *faktische Mehrheiten*, nicht auf individuelle politische Präferenzen. Dass die Medianwählerposition *post hoc* bestimmt wird, ist also kein Nachteil, sondern ausgesprochen kompatibel mit Machtressourcen-Ansatz oder politischer Ökonomie, die auf den Einfluss der mittleren Masse abstellen. Sicherlich, der Indikator erfasst nicht die subjektiven politischen Präferenzen, da die Wahl einer Partei bereits ein Kompromiss ist. Zudem mögen strategische Gründe in die Wahl einer Partei einfließen.<sup>11</sup>

Der Medianwähler-Index stützt sich auf Links-rechts-Positionen der Parteien (RILE) nach dem Comparative Manifesto Project (CMP/MARPOR), das Parteiprogramme inhaltsanalytisch auswertet. So werden zeitvariante Indices pro Wahlperiode und Land ermittelt.<sup>12</sup> Es wird kontrovers diskutiert, ob RILE-Scores nur die Salienz von Themen oder auch *positionale* Aussagen der Parteien erfassen. Detaillierte Studien sprechen für Letztes; in der Literatur werden RILE-Scores zudem breit eingesetzt (Benoit/Laver 2006; Iversen/Soskice 2006; Gingrich/Häusermann 2015). Daher sehe ich kein grundsätzliches Problem in der Verwendung des Scores und daraus ermittelter Indices<sup>13</sup> und verwende in einem ersten Auswertungsschritt (Kap. 4) zunächst den Medianwählerscore. Ein

---

<sup>11</sup> Weitere Kritik an „revealed preferences“ siehe Warwick 2010, 2011 und Warwick/Zharkahova (2013).

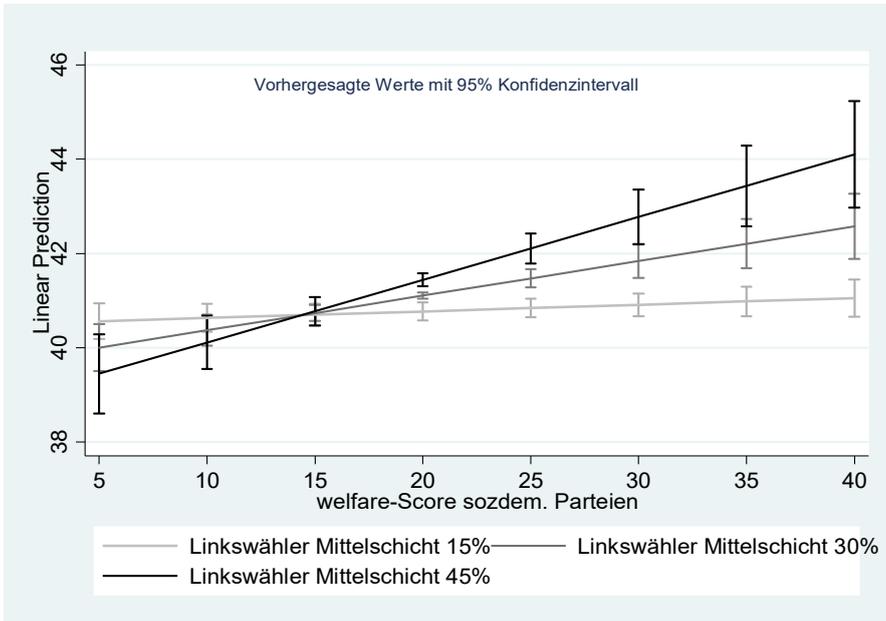
<sup>12</sup> Berechnung der Links-rechts-Position der Parteien siehe Budge/Klingemann 2001; Pontusson/Rueda 2010: 683.

<sup>13</sup> Alternative Indices zu Links-rechts-Positionen der Parteien sind nicht unproblematisch. Der auf Expertenratings basierende Index (Budge 2000; Mair 2001) ist relativ invariant, liegt nur für wenige Wellen vor.

zweiter Auswertungsschritt (Kap. 5.) bestimmt dann die politische Position des *Mittelschichtwählers* über das Wahlverhalten der Mittelschicht, die als Teil der Sozialstruktur verstanden und über Beruf und Bildung abgegrenzt wird (Operationalisierung siehe Anhang). Nähere Erläuterungen zu den jeweils verwendeten Daten und Methoden finden sich in den einzelnen, nun folgenden Kapiteln zu den Resultaten. Auf ein eigenes Methodenkapitel wird verzichtet, da m. E. so die Analysen mit den beiden verschiedenen Indikatoren besser verständlich sind.

## 4 Der Medianwähler als Determinante von Umverteilung?

*Abbildung 3* skizziert mit dem Medianwähler-Index die langfristige Entwicklung der politisch-ideologischen Position des Medianwählers im Vergleich zu sozialdemokratischen und christdemokratischen Parteien. Sein Wert liegt theoretisch zwischen -100 (maximal links) und +100 (max. konservativ), empirisch ist die Spannweite aber enger. Inhaltlich bedeuten negative Zahlen linkere, positive Zahlen konservativere politische Positionen. Der Medianwähler ist in den meisten Ländern konservativer als die Sozialdemokratie, außer in Schweden. Klassenübergreifende „Koalitionen“ (im Sinne ähnlicher politischer Präferenzen, nicht formaler Koalitionen) mit den Einkommensschwachen sind also nicht einfach gegeben (Gingrich/Häusermann 2015: 58). Den Medianwähler kennzeichnet eine Position zwischen Sozialdemokratie einerseits, Christdemokratie und Konservativen andererseits; beide Koalitionsoptionen sind also möglich (Kristov et al. 1992). In liberalen Ländern tendiert das „Gravitätszentrum“ langfristig in eine konservativere Richtung.



**Abbildung 3:** Links-rechts-Position von Medianwähler und Parteien, 1980–2011

Der deskriptive Blick auf die Medianwähler-Position durch Abbildung 3 sensibilisiert auch dafür, dass wenig ausgeprägte linke Präferenzen in der Mitte auch eine Ursache für die nur begrenzte staatliche Umverteilung sind, nicht allein die kritisierte *selektive* Regierungspolitik. Nicht die Regierung ignoriert dann die distributiven Interessen der Bürger, sondern die dominanten Wählerpräferenzen selbst begrenzen redistributive Wirkungen der *public policies*.

Beeinflusst nun die Medianwählerposition die *outcomes* des Regierungshandelns? Um dies multivariat zu beantworten, wird nun ein Datensatz über die in Abbildung 3 gezeigten Länder (plus Spanien,  $n = 13$  Länder) und die Zeit zwischen 1980 und 2012 ( $t = 33$ ) zugrunde gelegt mit abhängigen Variablen zum Umfang an Umverteilung einerseits und der Medianwählerposition als zentraler erklärender Variable andererseits. Die abhängige Variable *Umverteilung* wird gemessen als Differenz zwischen dem Gini-Index einmal für Markt-, das andere Mal für verfügbare Haushaltseinkommen in Prozent. Daten zum Gini-Index stammen aus dem SWIID 4.0.

Bei dieser Datenstruktur (*pooled cross sectional time series*) treten Besonderheiten wie serielle Autokorrelation, Heteroskedastizität und Heterogenität auf, die spezifische Analysemethoden erfordern (Wooldridge 2012; Wenzelbur-

ger et al. 2014). Eine zeitverzögerte abhängige Variable (*lagged dependent variable* – LDV) vermeidet die bei *Panel*-daten gegebene Autokorrelation durch die Ähnlichkeit von Beobachtungen, die aus einem Land kommen (Beck/Katz 1995). Neben Modellen mit LDV wurden andere Verfahren zur Kontrolle von Autokorrelation entwickelt, die *Prais-Winston-AR1-Modelle*. Diese benötigen zwar keine LDV, was den unerwünschten Effekt vermeidet, dass die LDV den Großteil an Erklärungskraft an sich zieht. Da Autokorrelation durch Prais-Winston-Regressionen nicht ganz beseitigt wird, wird die Inklusion einer LDV empfohlen. Daher werden Modelle mit beiden Verfahren geschätzt und in Tabelle 1 aufgeführt. So zeigen sich wenige, aber stabil signifikante Variablen. Außerdem interessiert, ob das Problem der Nicht-Stationarität besteht. Die als Test empfohlene Auto-Regression der abhängigen Variablen auf die zeitverzögerte AV mit einem *Fixed-effects*-Modell zeigt, dass weder der Koeffizient nahe 1 liegt (sondern bei 88) noch das Konfidenzintervall die 1 einschließt (sondern von .843 bis .920 läuft). Ein Levin-Lin-Chu-Test ist signifikant, also ist Nicht-Stationarität kein Problem. Der Wert von Rho (aus einer Regression der Residuen mit den zeitverzögerten Residuen) liegt bei 0,317; das indiziert, dass der Schätzfehler der Koeffizienten ausreichend gering ist.

Weiter geht es darum, *einheitenspezifische* Fehler (*country-specific heteroskedasticity*), die bei *Pooled-cross-section*-Daten wahrscheinlich ist und nach dem Wald-Test für *Panel*-Heteroskedastizität (mit dem ado-file *xttest*) auch in den vorliegenden Daten gegeben ist, zu kontrollieren. Zur Kontrolle von Heteroskedastizität werden *Prais-Winston-Modelle* geschätzt, die Autokorrelationen im Fehlerterm korrigieren, sodass die ausgegebenen Koeffizienten und Standardfehler länderspezifische Heteroskedastizität berücksichtigen (Beck/Katz 1995; Wenzelburger et al. 2014: 155).<sup>14</sup>

Der signifikante Hausman-Test spräche zwar für ein *Fixed-effects*-Modell, jedoch zeigt der F-Test zum *fe*-Modell, dass die einheitenspezifische Heterogenität beträchtlich ist ( $F(12,400) = 3,1^{***}$ ). Die Nullhypothese, dass einheitenspezi-

---

<sup>14</sup> Ein Hausman-Test gibt bei *Panel*-daten Auskunft dazu, ob ein *Fixed-effects*-Modell für *Within*-Varianz der Einheiten/Länder oder ein *Random-effects*-Modell mit der Varianz zwischen den Einheiten angemessen ist. Der Hausman-Test erzielt ein signifikantes Ergebnis, die Regressoren beider Modelle unterscheiden sich also signifikant. *Fixed effects* ergäbe also konsistente und zudem effiziente Schätzer; das gewählte Prais-Winston-Modell ist weniger effizient. Im vorliegenden Fall ist die Wahl des *fe*-Verfahrens jedoch eine abstrakte Überlegung. Da in den Erklärungsmodellen die verschiedenen Wahlsysteme und ihre Anreize für die Koalitionen des Medianwählers eine so herausragende Stellung haben, ist ein Verfahren theoretisch unverzichtbar, das zeitkonstante Dummy-Variablen enthalten darf. Bei *Fixed-effects*-Modellen ist das nicht der Fall.

fische Fehler 0 sind, muss also abgelehnt werden. In diesem Fall sind geeignete Variablen, die länderspezifische Varianz erklären, angezeigt. In meinem Fall ist das insbesondere die Variable für das *Wahlssystem*, die theoretisch einen zentralen Stellenwert hat. (Anhaltspunkte bietet Tabelle A1, die ein Pcse-Modell ohne Interaktionen und ein fe-Modell vergleicht).

Wie *Tabelle 1* zeigt, ist neben der Medianwähler-Position eine Dummy-Variable für das proportionale Wahlsystem<sup>15</sup> und die Interaktion beider im Modell, um den konditionalen Effekt politischer Institutionen auf den Medianwähler zu testen (ein Modell ohne Interaktionen findet sich im Anhang Tabelle A1). Zudem verwende ich die Werte sozialdemokratischer Parteien für das *Item welfare* aus den Party-Manifesto-Project-Daten.<sup>16</sup> Dieses *Item* bildet spezifischer als der Medianwähler-Index zur Links-rechts-Orientierung allgemein nur die Position im Feld der Sozialpolitik ab. Zudem spiegelt *welfare* einen spezifischen politischen Akteur, die Sozialdemokratie, nicht wie der Medianwähler-Index diffus eine elektorale Mehrheit. Je höher der *Score*, desto mehr befürwortet das Parteiprogramm Gleichheit und Sozialstaatsexpansion. Um politische Prozesse abzubilden, wird neben dem Wahlsystem die Regierungszusammensetzung berücksichtigt. Sie drückt aus, was aus elektoralen Mehrheiten letztlich „gemacht wurde“. Der Schmidt-Index klassifiziert Regierungen in 5 Typen: Regierungen mit 1) *Hegemonie* konservativer und rechter Parteien, 2) *Dominanz* dieser Parteien, 3) *Machtbalance*, 4) *Dominanz* sozialdemokratischer und linker Parteien und 5) der *Hegemonie* dieser Parteien (Armingeon et al. 2015).

Dazu kommen Kontrollvariablen wie die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts<sup>17</sup>, die Arbeitslosenquote<sup>18</sup> wie auch der Anteil über 65-Jähriger an der Bevölkerung jeweils mit lag (t-1). Die Arbeitslosenquote und der Anteil der Älteren tragen der Notwendigkeit Rechnung, für Personen ohne Markteinkommen wegen Arbeitslosigkeit oder staatlicher Rente zu kontrollieren. Bei hoher Arbeitslosigkeit und vielen Rentnern mit einer staatlichen Rente sieht sonst Umverteilung „künstlich“ besonders hoch aus.

<sup>15</sup> Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Frankreich gehören zum majoritären, Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien, Niederlande, Deutschland, Österreich und Spanien zum proportionalen Wahlsystem.

<sup>16</sup> *Welfare* ist ein additiver Index aus per503 (*equality positive*) und per504 (*welfare expansion*). Jede Per-Variable stellt den prozentualen Anteil der jeweiligen Aussage-Kategorie an allen Aussagen einer Partei dar. Werte reichen also von 0 bis 100, wobei höhere Zahlen bedeuten, dass mehr Aussagen zum jeweiligen per getroffen werden.

<sup>17</sup> stats.oecd.org (Zugriff am 13. Juni 2015).

<sup>18</sup> stats.oecd.org, annual labor force statistics (ALFS). Rate of Unemployment as % of Civilian Labor Force, annual av; stats.oecd.org/index.aspx?queryid=451# (Zugriff am 25. Mai 2015).

Die politische Position des Medianwählers ist nach den Resultaten in Tabelle 1 insignifikant; Hypothese 1 ist demnach zurückzuweisen. Allerdings erzielt das proportionale Wahlrecht höchst signifikante Effekte: Einkommensumverteilung ist beim proportionalen Wahlsystem signifikant höher als beim majoritären, Hypothese 3a also bestätigt. Der *Interaktionseffekt* ist nur schwach signifikant und die vermutete Verstärkung des Einflusses des Medianwählers durch das proportionale Wahlsystem ist also eher nachrangig, aber doch spürbar. In Ländern mit proportionalem Wahlsystem liegt Umverteilung bei 41 %, in Ländern mit majoritärem System bei 35 %, wenn man alle anderen Variablen auf ihren Durchschnitt fixiert. Die Kombination konservativer Medianwähler in einem proportionalen Wahlsystem ergibt eine Umverteilungswirkung von 44 %, während bei einem konservativen Medianwähler in majoritären Ländern ein geringeres Niveau von 32 % erzielt wird.

Außerdem sollten bedingte Effekte mit kategorialen Variablen wie dem Wahlsystem anhand grafischer Darstellung der Marginalwerte (Abb. 4) beurteilt werden. So wird sichtbar, dass das positive Vorzeichen der Interaktion lediglich für das proportionale Wahlsystem gilt, während in Ländern mit majoritärem Wahlsystem bei zunehmend konservativem Medianwähler der Umverteilungseffekt sinkt. Dass Umverteilung in Ländern mit proportionalem System selbst bei konservativem Medianwähler steigt, kann auf christdemokratische Parteien mit einem pro-sozialstaatlichen Programm zurückgehen, die in majoritären Systemen fehlen. Als Ursache kommt auch Parteienkonkurrenz infrage, die „Versprechen“ an Wähler/-innen hochtreibt (Amable et al. 2013).

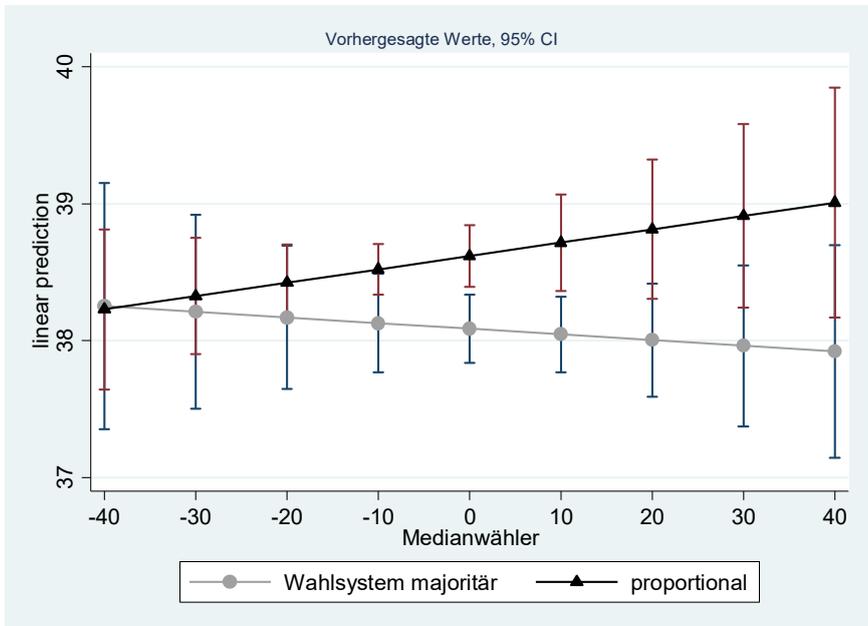
Die *Welfare*-Position sozialdemokratischer Parteien erzielt einen hoch signifikanten positiven Koeffizienten. (*Welfare* bei konservativen Parteien bleibt insignifikant.) Das belegt, dass eine entsprechende Ausrichtung der Sozialdemokratie den Umfang redistributiver Effekte beeinflusst, und zwar stärker als die Medianwähler-Position. Median- bzw. Mittelschichtwähler müssten sozialdemokratische Parteien wählen, damit Redistribution wächst. Der Medianwähler ist aber – wie Abb. 3 zeigte – konservativer als die Sozialdemokratie. Die signifikanten Effekte der Regierungskomposition (Schmidt-Index) unterstützen die Rolle der Parteien: Sowohl nach der ordinalen Variable (größere Werte bedeuten mehr Einfluss linker Parteien) als auch nach dem in einzelne Dummies zerlegten Schmidt-Index verteilen links dominierte Regierungen mehr um.

Tabelle 1: Einfluss des Medianwählers auf Umverteilung

	Prais-Winston pcse	pcse	Interaktion Parteidominanz	Interaktion Parteidominanz
LDV	-	.947*** (78.8)	-	.950*** (120.5)
Medianwähler	-.106** (3.22)	-.004 (.41)	-.042 (1.33)	-.002 (0.37)
Prop. Wahlsystem (Dummy)	6.38*** (9.75)	.531** (2.78)	6.90*** (10.32)	.449*** (3.15)
Interaktion prop. x Medianwähler	.241*** (4.47)	.014 (1.01)	-	-
Regierung Schmidt-Index (1-5 > links)	.197 (1.18)	.086* (2.01)	-	-
Schmidt-Index Dummies <sup>1</sup>				
- Dominanz kons. Parteien			1.84 (1.41)	.287 (1.20)
- Machtbalance			.155 (0.16)	.162 (0.89)
- Dominanz linke Parteien			.722 (0.68)	.344* (2.28)
- Hegemonie linke Parteien			1.15 <sup>†</sup> (1.73)	.322 <sup>†</sup> (1.80)
Regier. x Medianwähler				
- Dominanz kons. Parteien			.082 (0.83)	.023 (1.38)
- Machtbalance			-.121 (1.24)	.018 (1.34)
- Dominanz linke Parteien			.274*** (3.86)	.034 <sup>†</sup> (1.85)
- Hegemonie linke Parteien			2.72*** (4.92)	-.008 (0.83)
Welfare sozialdem. Partei je > desto mehr welfare	.220*** (4.60)	.034** (2.76)	.252*** (5.30)	.032** (2.98)
L.Arbeitslosenquote	-.427*** (4.30)	.011 (0.61)	-.400*** (4.10)	.010 (0.46)
BIP Wachstum in %	-.231 (1.57)	-.064 (1.94)	-.326* (2.23)	-.067* (2.53)
L.Anteil Ältere in % der Bevölk.	.771*** (5.16)	.034 (1.00)	.817*** (5.57)	-.035* (2.01)

	Prais-Winston pcse	pcse	Interaktion Parteidominanz	Interaktion Parteidominanz
Konstante	23.20*** (9.17)	1.67** (2.75)	21.36*** (8.91)	1.70*** (.334)
N	423	420	423	420

Anmerkungen: 1) Dummy-Variable mit Referenzkategorie „Hegemonie konservativer und rechter Parteien“. Die Tabelle zeigt unstandardisierte Koeffizienten; in Klammern t-Statistik; Signifikanzniveau:  $t < 0.10$ ; \* $p < 0.05$ ; \*\* $p < 0.01$ ; \*\*\* $p < 0.001$ .



**Abbildung 4:** Bedingter Effekt des Medianwählers nach Wahlsystem

Lässt sich die Dummy-Variable für die Wahlsysteme ersetzen durch den metrischen Index zur *Disproportionalität* des Wahlsystems von Gallagher (1991; 2015; Least Square Index)? Der Index setzt den Sitzanteil mit dem Stimmenanteil der einzelnen Parteien in Beziehung. Disproportionalität steigt in dem Maße, wie dem Anteil an Stimmen, den eine Partei gewonnen hat, kein analoger Anteil an den Parlamentssitzen entspricht. Der Index variiert für die Auswahl an Ländern und Jahren, die der Analyse zugrunde liegen, zwischen 0,5 und 38,5. Berechnet man den Durchschnitt über alle Jahre pro Land, dann ergeben sich dennoch fast exakt zwei Gruppen: Alle Länder mit proportionalem Wahlrecht liegen zwi-

schen 0,5 und 10, die majoritären Länder zwischen 11 und 20, außer Australien, das auf einen Wert knapp unter 10 kommt. Disproportionalität reproduziert also die Dummies, ist aber feiner abgestuft. Schätzt man die gleichen Modelle wie in Tab. 1 mit dem *Disproportionalitäts-Index*, wird dieser ebenfalls signifikant mit negativem Vorzeichen (Tab. A2). Je mehr Disproportionalität das Wahlsystem erlaubt, desto weniger sorgt Politik für Redistribution. Die Interaktion mit dem Medianwähler-Item bleibt aber insignifikant.<sup>19</sup>

Der oben verwendete Medianwählerindex operationalisiert das, was die Mitte sozialpolitisch will, eher *unspezifisch*, da er auf Links-rechts-Positionen der Mehrheit der gewählten Parteien basiert. Um die politischen Präferenzen der *Mittelschicht* direkter analysieren zu können, verwende ich im Folgenden Surveydaten (Kap. 5). Da für die Zeit von 1980 bis 2012 kaum detaillierte Daten zu Umverteilungs- und Sozialpolitikpräferenzen vorliegen, ziehe ich die Wahl sozialdemokratischer und weiter links stehender Parteien (im Folgenden linke Parteien) als Proxy für die Unterstützung umverteilender Politik heran. Die bisherigen Resultate zur Relevanz sozialdemokratischer Parteien rechtfertigen dieses Vorgehen.

## 5 Wahlverhalten der Mittelschicht und redistributive Effekte

Die Wahl linker Parteien durch die Mittelschicht sollte u. a. ein Ausdruck von deren Präferenz für redistributive Politik sein, denn ein entsprechendes Wahlverhalten gibt einem *median legislator* den nötigen politischen Einfluss, entsprechende Programme umzusetzen. Dies beeinflusst schließlich die *Outcome*-Variablen zum Umfang an Umverteilung.

Die Daten für folgende Analyse zum Wahlverhalten bzw. der Wahrscheinlichkeit der Wahl linker Parteien in der Mittelschicht stammen aus dem Eurobarometer (EB) und, da dieser 2002 endet, für 2004 bis 2012 aus dem European Social Survey (ESS).<sup>20</sup> Die auf der Basis von Individualdaten errechneten aggregierten Werte wurden als Variablen in den PCST-Datensatz eingefügt. Die An-

<sup>19</sup> Setzt man als Proxy für das Wahlsystem die Variable „effective number of parties“ (Index EffN von Gallagher 2015) ein, erzielt man keine signifikanten Effekte.

<sup>20</sup> Daten des Eurobarometer [www.gesis.org/eurobarometer-data-service/search-data-access/eb-trends-trend-files/mannheim-eb-trend-file/](http://www.gesis.org/eurobarometer-data-service/search-data-access/eb-trends-trend-files/mannheim-eb-trend-file/) (Zugriff am 15. Dezember 2015); Daten ESS [www.europeansocialsurvey.org/data/](http://www.europeansocialsurvey.org/data/) (Zugriff am 21. August 2016).

gaben zum Wahlverhalten sind wie zuvor jährlich. (Da der ESS zweijährlich stattfindet, wurde interpoliert.) Da die Mittelschichtpräferenzen aus *Survey*-daten ermittelt wurden, fallen leider die meisten Länder mit majoritärem Wahlsystem weg (USA, Kanada, Australien). Ein systematischer Vergleich der Auswirkungen der Wahlsysteme ist daher nicht mehr möglich.

Mit *Survey*-daten lässt sich nun der Mittelschichtwähler im Sinne der *Cleavage-Ansätze* als eine sozialstrukturelle „Mitte“ mit bestimmten Politikpräferenzen erfassen. Zur Bildung sozialer Klassen werden die im Eurobarometer verfügbaren Variablen zu Beruf und Bildung verwendet. Die Klassifizierung in Arbeiterschicht, einfache Routine-Dienstleister, Mittelschicht und Selbständige wird im Anhang dokumentiert. Dann wird ermittelt, welcher Anteil in einzelnen Schichten eine linke bzw. sozialdemokratische Partei wählt, wobei Parteien nach dem ZEUS-Verfahren für EB-Daten gruppiert wurden. Der prozentuale Anteil der Mittelschicht, die (nach Zeus-Nomenklatur) sozialistische Parteien wählt, ist nun die zentrale erklärende Variable der Regression.<sup>21</sup>

Beeinflusst die Häufigkeit der Wahl linker Parteien in der Mittelschicht – als Operationalisierung ihrer politischen Präferenzen – den Umfang an Redistribution? Nach den Regressionsergebnissen in Tabelle 2 ist dies unter bestimmten Bedingungen der Fall. Nach dem ersten Modell *ohne* den Interaktionsterm ist das Wahlverhalten der Mittelschicht insignifikant. Der *Welfare-Score* der Sozialdemokratie ist hingegen hoch signifikant und positiv. Somit steigt mit den Werten des *Score* der Umfang an Redistribution. Auch eine durch linke Parteien geprägte Regierung hat diesen Effekt. (Die Regierungskomposition nach dem Schmidt-Index wird hier nicht in Dummies zerlegt, sondern aus Platzgründen nur als ordinale Variable verwendet.) Die Interaktion im zweiten Modell, die einen bedingten Effekt des Wahlverhaltens der Mittelschicht abhängig vom variierenden *Welfare-Score* der Sozialdemokratie annimmt, ergibt aber deutliche Unterschiede. Der Interaktionseffekt wird positiv und höchst signifikant, der Prozentsatz der Mittelschichtwähler und der *Welfare-Score* werden signifikant, aber negativ.<sup>22</sup>

---

21 Auch Modelle mit einem modifizierten Alford-Index als Differenz zwischen dem Anteil, zu dem die Mittelschicht linke Parteien wählt, und dem Anteil bei den Arbeitern wurden geschätzt. In dieser Variante war die Linksneigung der Mittelschicht insignifikant.

22 Der Hausman-Test wird nicht signifikant (13.37); ein *Fixed-effects*-Modell ist also nicht nötig. Der F-Test mit dem *fe*-Modell bleibt insignifikant, d. h. es liegt keine bedeutende einheitenspezifische Heterogenität vor.

Tabelle 2: Einfluss des Anteils der Linkswähler in der Mittelschicht auf Umverteilung

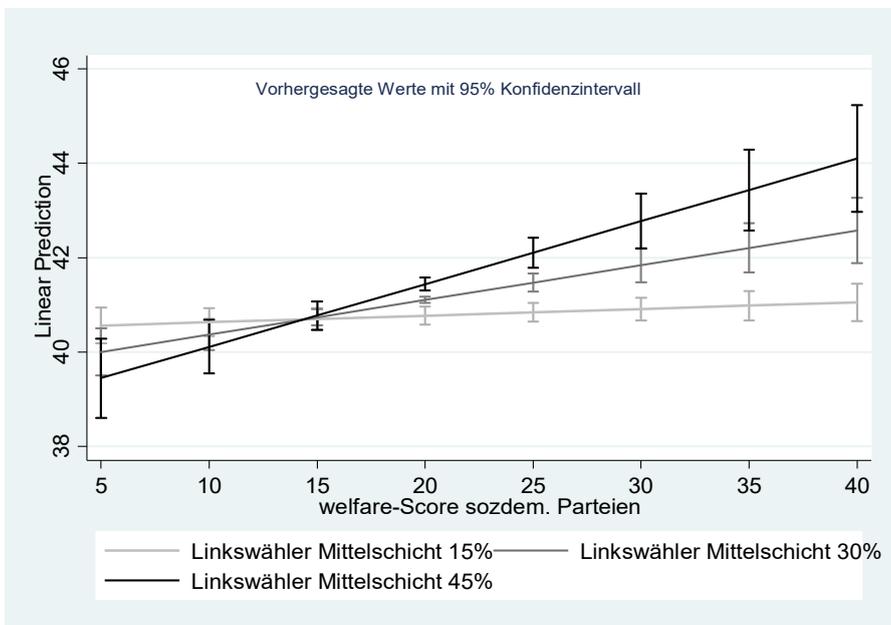
	Umverteilung in %	Umverteilung in %
LDV	.944*** (92.9)	.941*** (100.1)
% Wähler linker Parteien Mittelschicht	.008 (1.09)	-.057** (3.15)
<i>Welfare</i> sozdem. Partei ( $>$ mehr <i>welfare</i> )	.052** (3.07)	-.046** (3.20)
Interaktion Mitte x <i>welfare</i>	-	.004*** (4.80)
Regierung Schmidt-Index (1–5 $>$ weiter links)	.066* (2.03)	.079** (2.61)
L.Arbeitslosenquote	.005 (0.20)	.003 (0.11)
L.Wachstum Bruttoinlandsprodukt	-.069*** (350)	-.069** (3.37)
L.Anteil Ältere	-.106* (2.31)	-.087* (2.14)
Konstante	2.92** (.881)	4.34*** (.985)
N	268	268

Anmerkungen: Daten von CMP; ESS cum file 2004–2012; EB Trendfile. Gezeigt werden unstandardisierte Koeffizienten, in Klammern t-Statistik. Signifikanzniveaus:  $t < 0.10$ ; \* $p < 0.05$ ; \*\* $p < 0.01$ ; \*\*\* $p < 0.001$ .

Die grafische Darstellung der Interaktion verdeutlicht die absoluten Effekte. Abbildung 5 zeigt, wie Mittelschichtwähler/-innen und sozialdemokratische Parteien zusammenspielen. Sie trägt die geschätzten Werte der abhängigen Variable Umverteilung (in %) und den Einfluss des *Welfare-Scores* bei unterschiedlich hohem Wähleranteil der linken Parteien in der Mittelschicht ab. (Die Analyse ist auf die Sozialdemokratie beschränkt, da der *Welfare-Score* für christdemokratische bzw. konservative Parteien nicht signifikant ist.) Je höher der Anteil der Mittelschichtwähler ist, der links wählt, desto stärker wird der Einfluss, den auf wohlfahrtsstaatlichen Ausbau gerichtete Wahlprogramme auf die Umverteilung haben. Eine nur linkswählende Mittelschicht allein reicht aber nicht aus, um redistributive Effekte zu erzielen: Bei Kombination eines hohen linken Wähleranteils in der Mittelschicht (schwarze Linie) mit einer wenig auf sozialstaatlichen Ausbau orientierten sozialdemokratischen Partei ist die erziel-

te prozentuale Umverteilung (Reduktion des Gini) gering, die Kombination mit einer stark egalitären Partei hingegen erzielt stark redistributive Effekte. Der Mittelschichtwähler allein ist also nicht entscheidend für sozialpolitische *outcomes*. Parteien müssen auch entsprechende Politikziele verfolgen.

Die Konstellation in Abbildung 5 bedeutet, dass die Kombination vieler Linkswähler in der Mittelschicht und eine sozialstaatlichen Ausbau anstrebende Sozialdemokratie sich verstärken. Dies sagt leider nichts zur temporalen Dynamik des Zusammenhangs und wie oft er vorkommt. Empirisch ist leicht vorstellbar, dass die Mittelschicht dann keine Sozialdemokratie mehr wählt, wenn diese zu viel sozialstaatliche Umverteilung verspricht. Regierungen mit dominanter oder hegemonialer Stellung linker Parteien und sozialpolitischer Gesetzgebung mit redistributiven Effekten ist dann wenig wahrscheinlich.



**Abbildung 5:** Bedingter Effekt des Anteils der Linkswähler in der Mittelschicht – vorhergesagte Werte der Umverteilung (in %) bei unterschiedlichem *welfare* der Sozialdemokratie

## 6 Diskussion und Schlussfolgerungen

In klassischen Ansätzen zur Sozialstaatsentwicklung wie dem Machtressourcenansatz und auch in der politischen Ökonomie wird der Mittelschicht- bzw. der Medianwähler als die entscheidende soziale Gruppe bei der Durchsetzung breiter sozialstaatlicher Programme gesehen. Der vorliegende Beitrag konnte die Annahmen zu dessen Rolle konzeptionell und empirisch spezifizieren. Nach den Resultaten ist sein Einfluss auf sozialpolitische *outcomes* schwächer, als es die Ansätze sehen. Die erste Hypothese ist somit nicht bestätigt. Dieses Ergebnis steht in Einklang mit früheren Analysen zum Medianwähler (Milanovic 2000; Pontusson/Rueda 2010; Scervini 2009), die bereits die Bedeutung dieses (informellen) „Kollektivakteurs“ der Sozialstaatstheorie ebenfalls relativieren. Das demokratietheoretische Ideal, das Machtressourcenansatz und politischer Ökonomie der Umverteilung inhärent ist, ist folglich ebenfalls stärker zu hinterfragen.

Zudem kritisierte der Beitrag, dass Median- und Mittelschichtwähler zu wenig auseinandergehalten werden, obwohl beide unterschiedliche konzeptionelle Wurzeln haben und empirisch etwas anderes meinen. Daher wurden zwei Operationalisierungen für diesen Kollektivakteur unterschieden: Eine politische Mitte, die anhand des aus Wahlmehrheiten konstruierten Medianwählerindex erfasst wurde, und ein sozialstrukturell verstandener Mittelschichtwähler im Sinne der *Cleavage*-Theorie, dessen verteilungspolitische Präferenzen anhand des Wahlverhaltens dieser aus Individualdaten ermittelten Gruppe erfasst wurden. Selbstverständlich sind diese beiden Vorschläge eher Proxys für die Interessen und den Einfluss der Mittelschichten, die künftige Forschung verbessern und durch alternative, direktere Operationalisierungen des politischen Zentrums ersetzen sollten.

Jedoch ergibt sich mit beiden Zugangsweisen, dass nicht der Mittelschicht- oder Medianwähler allein bereits redistributive Effekte beeinflusst. Vielmehr moderieren das Wahlsystem und die Parteien, ob der politische Wille des Medianwählers in faktische Politik transformiert wird. Diese politische Vermittlung konnte mit den vorliegenden Daten und Design nur ansatzweise geprüft werden, da der Einfluss von Parteien lediglich über die *Welfare-Scores* aus dem MARPOR-Datensatz – also die Häufigkeit, mit der die Expansion sozialstaatlicher Politik in Parteiprogrammen vorkommt – erfasst wurde. Allerdings liefert bereits dies einen Hinweis auf ein reflektiertes Verständnis von Responsivität.

*Responsivität* wird üblicherweise als der direkte Einfluss der Wählerpräferenzen auf Regierungshandeln oder *Outcome*-Variable wie Sozialausgaben oder hier Umverteilung begriffen. Allerdings scheint eine solch direkte Relation

zwischen den Interessen von Wählergruppen und faktischer Politik eine „*rather mechanical assumption that government policy responds directly to the interest of the so-called median voter – the ideological centrist whose vote should be pivotal in any collective decision...*” (Atkinson 1997: 315–316, zitiert in Bartels 2006: 26).

Das Wahlsystem erwies sich als eine maßgebliche politische Institution: Bei proportionalem Wahlrecht ist Umverteilung generell höher. Zudem konditioniert es den Einfluss der politischen Position des Medianwählers in ganz unterschiedliche Richtungen: Während konservativere Medianwähler in Ländern mit majoritärem System die Redistribution bremsen, steigt im proportionalen System selbst bei konservativem Medianwähler die Umverteilung (Hypothese 2 ist also bestätigt). Als Ursache kommt Parteienkonkurrenz mit sich aufschaukelnden Versprechen an die Wähler infrage. Auch eine zunehmend konservativ wählende Mittelschicht, die zugleich von konservativen Parteien sozialpolitisch expansive Programme geboten bekommt, wäre eine lohnende Frage für künftige Forschung.

Nach den geringen Effektstärken für die einzelne Variable sind Median- bzw. Mittelschichtwähler lediglich Teil eines politischen Prozesses. Erst wenn Parteien deren Anliegen aufgreifen, werden die Effekte deutlicher. Eingeschränkte Responsivität fängt also bereits bei Parteien und ihrem politischen Angebot an.

Die Ausgangsfrage war außerdem, inwieweit auch in europäischen Ländern Regierungspolitik nur eingeschränkt auf Wählerpräferenzen reagiert. Oben gemachte Einschränkungen zur Rolle des Medianwählers müssen selbstverständlich in die Antwort auf diese Frage einfließen. Zwar ist in europäischen Ländern mit einem proportionalen Wahlsystem die redistributive Wirkung des Sozialstaats höher, allerdings scheint dies unabhängig von der politischen Position des Medianwählers zu sein. Andere Faktoren kommen infrage. Der geringe Einfluss des Medianwählers dürfte auch das Resultat dessen sein, dass diese Gruppe weder politisch noch sozial so homogen ist, wie der Begriff suggeriert, denn die Mittelschicht und mehr noch das Medianwählerkonstrukt umfassen breite Gruppen mit heterogenen politischen Präferenzen. Eine Differenzierung in *Mittelschichten* ist nötig. Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass der Medianwähler einheitliche Forderungen stelle.

## Anhang

Rekodierung der Klassen im Eurobarometer aus der Variable *occupation*, Alter bei Ende der Ausbildung und Variable *education* als Proxy für das Bildungsniveau. (1) *Arbeiter*: Manual workers 410; skilled manual workers 411; supervisors 412; unskilled workers 413. (2) *Nicht-manuelle Routinetätigkeiten* (routine non manual): employed position desk 310; white collar 311; other office employment 312; without upper secondary 320; employment position traveling 321; employment position/service 322. Plus Variable Bildung: ohne upper secondary Bildung – Alter bei Ende der Schule: weniger 17 Jahre. (3) *Mittelschicht*: professionals/lawyers/medizin selfemp. 120; professionals employed 210; general management 220; middle management 230; employed position desk 310; white collar 311; other office employees 312; non office employees 320; employed position travelling 321; employed position service 322. Plus Variable Bildung: completed upper secondary ISCED3, Regelalter 17 Jahre. Variable education: Alter bei Abschluss Schule 17 Jahre oder mehr; 18 Jahre und darüber. (4) *Selbständige und sonstige*: Farmer/Fisherman 110; Farmer 111; Fisherman 112; Inhaber eines Ladens/Geschäfts/Unternehmens – 130; Ladeninhaber 131; Unternehmer 132; Haushalt/Rentner/Militärdienst – 500; Hausfrau 510; Studenten/Militärdienst 520; Student 521; in Rente 530; Arbeitslos 540.

**Tabelle A1:** Einfluss des Medianwählers auf Umverteilung, Modelle ohne Interaktion

	Prais-Winston/pcse	fe
LDV	.949*** (81.9)	.870*** (73.4)
Medianwähler	.004	.018*
> weiter rechts	(0.59)	(2.32)
Proportionales Wahlsystem (Dummy)	.506** (2.68)	-
Regierung Schmidt-Index (1–5 > links)	.080* (1.90)	.049 (1.13)
Welfare-Score	.034**	.040 <sup>†</sup>
sozialdem. Partei	(2.73)	(2.05)
L.Arbeitslosenquote	.013 (0.78)	.068 <sup>†</sup> (2.04)

BIP Wachstum in %	-.068* (2.05)	-.041 (1.50)
L.Anteil Ältere in % der Bevölkerung	-.027 (0.80)	-.037 (1.42)
Konstante	1.46* (2.58)	4.48*** (5.89)
N	420	420

Anmerkungen: Eingetragen sind die unstandardisierten Koeffizienten. In Klammern t-Statistik. Signifikanzniveaus: t < 0.10; \*p < 0.05; \*\*p < 0.01; \*\*\*p < 0.001.

**Tabelle A2:** Einfluss des Medianwählers – Intervenierender Effekt der Disproportionalität?

	Interaktion Dis- prop.	Interaktion Schmidt	Mit LDV
LDV	-	-	.954*** (82.15)
Medianwähler > weiter rechts	-.019 (0.44)	-.087* (2.58)	-.004 (0.49)
Disproportionalität Wahlsystem	-.338*** (7.73)	-.325*** (7.64)	-.022* (2.15)
Interaktion Disprop. x Medianwähler	.001 (0.13)	-	-
Regierung Schmidt-Ind. (1–5 > links)	.056 (0.34)	-	-
Schmidt-Index Dummies <sup>1</sup>			
- Dominanz kons. Parteien		-.085 (0.27)	.317 (1.01)
- Machtbalance		-.180 (0.54)	.215 (1.03)
- Dominanz linke Parteien		.155 (0.42)	.386 (1.15)
- Hegemonie linke Parteien		.574 (1.41)	<b>.298<sup>t</sup></b> <b>(1.66)</b>
Regier. x Medianwähler			
- Dominanz kons. Parteien		.021 (0.85)	.022 (0.96)
- Machtbalance		.039 (1.22)	.021 (1.03)
- Dominanz linke Parteien		<b>.050<sup>t</sup></b> <b>(1.72)</b>	.032 (1.40)
- Hegemonie linke		.043	-.014

	Interaktion Dis- prop.	Interaktion Schmidt	Mit LDV
Parteien		(1.40)	(1.01)
<i>Welfare-Score</i>	.188***	.207***	.030**
sozialdem. Partei	(3.85)	(4.20)	(2.42)
L.Arbeitslosenquote	-.305**	-.300**	.016
	(3.08)	(3.23)	(0.94)
BIP Wachstum in %	-.260 <sup>t</sup>	-.258 <sup>t</sup>	-.061*
	(1.71)	(1.73)	(1.82)
L.Anteil Ältere in % der Bevölk.	1.19***	1.13***	-.019
	(8.99)	(8.52)	(0.56)
Konstante	22.75***	22.98***	1.71**
	(8.83)	(9.21)	(2.74)
N	423	423	420

Anmerkungen: 1) Dummy-Variable mit Referenzkategorie „Hegemonie konservativer und rechter Parteien“. Unstandardisierte Koeffizienten.  $t < 0.10$ ; \* $p < 0.05$ ; \*\* $p < 0.01$ ; \*\*\* $p < 0.001$ ; in Klammern t-Statistik.

**Tabelle A3:** Deskriptive Statistik der wichtigsten Variablen

Variable	mean	Std.dev.	Min.	Max.
Umverteilung in %	38.3	7.63	15.03	54.8
Medianwählerposition	-1.34	11.55	-24.3	39.4
Regierung/Schmidt-Index	2.53	1.61	1	5
<i>Welfare</i> linke Parteien	16.47	5.68	4.2	39
Arbeitslosenquote	7.62	3.89	1.6	24.9
Anteil Ältere (65+) an Bev. in %	14.8	2.2	9.4	21.1
Wachstum BIP in %	2.31	1.93	-5.6	7.3

## Literaturverzeichnis

- Achen, Christopher H.; Bartels, Larry (2016): *Democracy for Realists: Why Elections Do Not Produce Responsive Government*. Princeton: Princeton University Press.
- Alesina, Alberto; Giuliano, Paola (2010): „Preferences for redistribution“, in: Jess Benhabib; Matthew O. Jackson; Alberto Bisin (Hg.): *Handbook of Social Economics*. Vol. 1A. Amsterdam u. a.: Elsevier/North Holland, 93–131.

- Amable, Bruno; Gatti, Donatella; Guillaud, Elvire (2008): How does Party Fractionalization convey Preferences for Redistribution in Parliamentary Democracies? Documents de travail du Centre d'Economie de la Sorbonne 2008.93.
- Armingeon, Klaus; Isler, Christian; Knöpfel, Laura; Weisstanner, David; Engler, Sarah (2015): Comparative Political Data Set 1960–2013. Bern: Institute of Political Science, University of Berne.
- Baldwin, Peter (1990): *The Politics of Social Solidarity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bartels, Larry M. (2003): Is „popular rule“ possible? Polls, political psychology, and democracy. Download unter: <https://www.brookings.edu/articles/is-popular-rule-possible-polls-political-psychology-and-democracy/> (Zugriff am 25. Oktober 2017).
- Bartels, Larry M. (2005): „Homer gets a tax cut. Inequality and Public Policy in the American Mind“, *Perspectives on Politics* 3: 15–32.
- Bartels, Larry M. (2008): *Unequal Democracy. The Political Economy of The New Gilded Age*. Princeton: Princeton University Press.
- Beck, Nathaniel; Katz, Jonathan N. (1995): „What to do (and not to do) with Time-Series-Cross-Section Data“, *American Political Science Review* 89: 634–647.
- Benoit, Kenneth; Laver, Michael (2006): *Party Policy in Modern Democracies*. London u. a.: Routledge.
- Beramendi, Pablo; Andersen, Christopher J. (Hg.) (2008): *Democracy, Inequality and Representation*. New York: Russell Sage.
- Best, Robin E.; Budge, Ian; McDonald, Michael D. (2012): „Representation as a median mandate“, *European Journal of Political Research* 51: 1–23.
- Brooks, Clem; Manza, Jeff (2006): „Social Policy Responsiveness in Developed Democracies“, *American Sociological Review* 71: 474–494.
- Budge, Ian (2000): „Expert Judgements of party policy positions: Uses and limitations in political research“, *European Journal of Political Research* 37: 103–113.
- Budge, Ian; Klingemann, Hans-Dieter (2001): „Finally! Comparative Over-Time Mapping of Party Policy Movement“, in: Ian Budge; Hans-Dieter Klingemann; Andrea Volkens; Judith Bara; Eric Tanenbaum (Hg.) (2001): *Mapping policy preferences. Estimates for Parties, Electors and Governments 1954–1998*. Oxford: Oxford University Press, 19–50.
- Burstein, Paul (1998): „Bringing the Public Back In: Should Sociologists Consider the Impact of Public Opinion on Public Policy?“, *Social Forces* 71: 27–62.
- Burzan, Nicole; Kohrs, Silke; Küsters, Ivonne (2014): *Die Mitte der Gesellschaft. Sicherer als erwartet?* Weinheim u. a.: Juventa.
- Dahl, Robert (1971): *Participation and Opposition*. New Haven u. a.: Yale University Press.
- Dallinger, Ursula (2013): „Staatliche Umverteilung aus der Perspektive der politischen Ökonomie“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 65: 569–596.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Finseraas, Henning (2010): „What if Robin Hood is a social conservative?“, *Socio-Economic Review* 8: 283–306.
- Gallagher, Michael (1991): „Proportionality, Disproportionality and electoral systems“, *Electoral Studies* 10: 33–51.
- Gallagher, Michael (2015): Election indices dataset. Download unter: [http://www.tcd.ie/Political\\_Science/staff/michael\\_gallagher/EISystems/index.php](http://www.tcd.ie/Political_Science/staff/michael_gallagher/EISystems/index.php) (Zugriff am 13. Oktober 2016).

- Gilens, Martin (2005): „Inequality and Democratic Responsiveness”, *Public Opinion Quarterly* 69: 778–796.
- Gilens, Martin (2012): *Affluence and Influence. Economic Inequality and Political Power in America*. Princeton: Princeton University Press/Russell Sage Foundation.
- Gingrich, Jane; Häusermann, Silja (2015): „The decline of the working-class vote, the reconfiguration of the welfare support coalition and consequences for the welfare state”, *Journal of European Social Policy* 25: 50–75.
- Goldner, Matt; Stramski, Jacek (2010): „Ideological Congruence and Electoral institutions”, *American Journal of Political Sciences* 54: 90–106.
- Hacker, Jacob S.; Pierson, Paul (2010): „Winner-take-all Politics. Public Policy, Political Organization and the Precipitous Rise of Top Incomes in the United States”, *Politics & Society* 38: 152–204.
- Torben, Iversen; Cusack, Thomas R. (2000): “The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalization?” *World Politics* 52: 313–349.
- Iversen, Torben; Soskice, David (2006): „Electoral Institutions and the Politics of Coalitions: Why Some Democracies Redistribute More than Others”, *American Political Science Review* 100: 165–181.
- Iversen, Torben; Soskice, David (2009a): „Distribution and Redistribution. The Shadow of the Nineteenth Century”, *World Politics* 61: 438–486.
- Iversen, Torben; Soskice, David (2009b): Dualism and Political Coalitions. Inclusionary versus exclusionary reforms in an age of rising inequality. Paper prepared for the Annual Meeting of the American Political Science Association, Toronto 2009.
- Kang, Shin-Goo; Powell Jr., Bingham (2010): „Representation and Policy Responsiveness: The Median Voter, Election Rules, and Redistributive Welfare Spending”, *The Journal of Politics* 72: 1014–1028.
- Kelly, Nathan K.; Enns, Peter K. (2010): „Inequality and the Dynamics of Public Opinion: The Self-Reinforcing Link Between Economic Inequality and Mass Preferences”, *American Journal of Political Sciences* 54: 855–877.
- Kim, Heemin; Fording, Richard C. (1998): „Voter ideology in Western Democracies, 1946–1989”, *European Journal of Political Research* 33: 73–99.
- Kim, Heemin; Fording, Richard C. (2001): „Extending Party Estimates to governments and electors”, in: Ian Budge; Hans-Dieter Klingemann; Andrea Volkens; Judith Bara; Eric Tanenbaum (Hg.): *Mapping policy preferences. Estimates for Parties, Electors and Government 1954–1998*. Oxford: Oxford University Press, 157–178.
- Kim, Heemin; Fording, Richard C. (2003): „Voter ideology in Western democracies: An update”, *European Journal of Political Research* 42: 95–105.
- Korpi, Walter (1983): *The democratic class struggle*. London: Routledge.
- Korpi, Walter (1989): „Power, Politics, and the State Autonomy in the Development of Social Citizenship: Social Rights During Sickness in Eighteen OECD Countries since 1930”, *American Sociological Review* 54: 309–328.
- Korpi, Walter; Palme, Joakim (1998): „The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries”, *American Sociological Review* 63: 661–687
- Kristov, Lorenzo; Lindert, Peter; McClelland, Robert (1992): „Pressure groups and redistribution”, *Journal of Public Economics* 48: 135–163.
- Lehmann, Pola; Schultze, Henrike (2013): „Linking Datasets Down to the Individual Level in Order to Evaluate Congruence Measures Comparatively”, in: Andrea Volkens; Judith Bara;

- Ian Budge; Michael D. McDonald; Hans-Dieter Klingemann (Hg.) (2013): *Mapping Policy Preferences from Texts III. Statistical Solutions for Manifesto Analysts*. Oxford: University Press: 254–276.
- Lengfeld, Holger; Hirschle, Jochen (2009): „Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1994–2007“, *Zeitschrift für Soziologie* 38: 379–398.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Lipset, Seymour Martin; Stein, Rokkan (1967): „Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction“, in: Seymour Martin Lipset; Rokkan Stein (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York u. a.: Collier-Macmillan: 1–64.
- Lupu, Noam; Pontusson, Jonas (2011): “The structure of Inequality and the Politics of Redistribution”, *American Political Science Review* 105: 316–336
- Manow, Philip (2007): „Wahlregeln, Klassenkoalitionen und Wohlfahrtsstaatsregime“, *Zeitschrift für Soziologie* 36: 414–430.
- Martin, Cathie Jo; Thelen, Kathleen (2007): „The State and Coordinated Capitalism. Contributions of the Public Sector to Social Solidarity in Postindustrial Societies“, *World Politics* 60: 1–36.
- McDonald, Michael; Budge, Ian (2005): *Elections, parties, democracy: Conferring the median mandate*. Oxford: Oxford University Press.
- Meltzer, Allan H.; Richard, Scott F. (1981): „A Rational Theory of the Size of Government“, *The Journal of Political Economy* 89: 914–927.
- Milanovic, Branko (2000): „The median-voter hypothesis, income inequality, and income redistribution. An empirical test with the required data“, *European Journal of Political Economy* 16: 367–410.
- OECD (2011): *Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising*. Paris: OECD.
- Oesch, Daniel (2006): *Redrawing the Class Map*. Basingstoke: Palgrave.
- Page, Benjamin I.; Shapiro, Robert Y. (1983): „Effects of Public Opinion on Policy“, *American Political Science Review* 77: 175–190.
- Pierson, Paul (1996): „The New Politics of the Welfare State“, *World Politics* 48: 143–179.
- Pontusson, Jonas; Rueda, David (2010): „The Politics of Inequality. Voter Mobilization and Left Parties in Advanced Industrial States“, *Comparative Political Studies* 43: 675–705.
- Powell, G. Bingham (2006): „Election Laws and Representative Governments: Beyond Votes and Seats“, *British Journal of Political Science* 36: 291–315.
- Scervini, Francesco (2009): „Empirics of the median voter: democracy, redistribution, and the role of the middle class“, *Journal of Economic Inequality* 10: 529–550.
- Slothuus, Rune (2007): „Framing Deservingness to Win Support for Welfare State Retrenchment“, *Scandinavian Political Studies* 30: 323–344.
- Soroka, Stuart; Wleziën, Christopher (2005): „Opinion-Policy-Dynamics: Public Preferences and Public Expenditure in the United Kingdom“, *British Journal in Political Sciences* 35: 665–689.
- Soroka, Stuart N.; Wleziën, Christopher (2008): „On the Limits of Inequality in Representation“, *Political Science and Politics* 41: 319–327.
- Stimson, James (1999): Public Policy Mood, 1952–1996: *Annual Data File (accessed April 21, 1999)*.
- Stimson, James; MacKuen, Michael B.; Erikson, Robert S. (1995): „Dynamic Representation“, *American Political Science Review* 89: 543–565.
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- SWIID 4.0: Standardized World Income Inequality Database. Download unter:  
<http://myweb.uiowa.edu/fsolt/swiid/swiid.html>
- Tromborg, Mathias Wessel (2014): „Bringing the median voter back in: The relationship between government debt, median voter preferences, and welfare state spending”, *Journal of European Social Policy* 24: 107–121.
- Ura, Joseph D.; Ellis, Christopher R. (2008): „Income Preferences, and the Dynamics of Policy Responsiveness”, *Political Science & Politics* 4: 785–794.
- Warwick, Paul V. (2010): “Bilateralism or the median mandate? An examination of rival perspectives on democratic governance”, *European Journal of Political Research* 49: 1-24.
- Warwick, Paul V. (2011b): „Government Intentions and Citizen Preferences in Dynamic Perspective”, *British Journal of Political Science* 41: 599–619.
- Warwick, Paul V. (2011): „Voters, Parties, and Declared Government Policy”, *Comparative Political Studies* 44: 1675–1699.
- Warwick, Paul V.; Zakharova, Maria (2013): „Measuring the Median: The Risks of Inferring Beliefs from Votes”, *British Journal of Political Science* 43: 157–175.
- Wenzelburger, Georg; Hörisch, Felix (2015): „Framing Effects and Comparative Social Policy Reform: Comparing Blame Avoidance Evidence from Two Experiments”, *Journal of Comparative Policy Analysis* 18: 157–175.
- Wenzelburger, Georg; Jäckle, Sebastian; König, Pascal (Hg.) (2014): *Weiterführende Statistische Methoden der Politikwissenschaften*. München: Oldenbourg.
- Wlezien, Christopher (1995): “The public as Thermostat: Dynamics of Preferences for Spending”, *American Journal of Political Science* 39: 981-1000.
- Wlezien, Christopher; Soroka, Stuart N. (2011): „Inequality in policy responsiveness?”, in: Peter K. Enns; Christopher Wlezien (Hg.): *Who gets represented?* New York: Russell Sage Foundation: 285–310.
- Wong, Mathew (2013): „Median Voter and Power Resources Revisited. A composite Model of Inequality”, *European Political Science Review*, doi:10.1017/S175577391600014X.
- Wooldridge, Jeffrey (2012): *Introductory Econometrics. A Modern Approach*. 5. Auflage. South Western: Cengage.

## Kurzbiografie

Dr. Ursula Dallinger ist Soziologin und Politikwissenschaftlerin und hat seit 2007 die W3-Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik an der Universität Trier inne. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Wandel der Einkommensverteilung und Sozialstaat, Genese von Umverteilungsforderungen und Gerechtigkeitsperzeptionen, Forschung zu wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen.